

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 18. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Grüñners Protest.

Düsseldorf, 17. Januar. (WIZ.) Der Regierungspräsident Dr. Grüñner hat an den Oberdelegierten für die deutsche ...

Zunächst teile ich Ihnen mit, daß die zu der gestrigen ...

Arbeitsgeber- und Arbeitnehmervertreter, die bisher die Sitzung ...

Ich gebe hiervon Kenntnis, weil ich verpflichtet bin, der ...

Zur Charakterisierung der Wirtschafts- und Ernährungslage ...

Die Bergarbeiterschaft ist auf den ungestörten Bezug ihrer ...

Nach Mitteilungen, die mir von holländischen Großhändlern ...

Weitere Truppenbewegungen.

Berlin, den 17. Januar. (L.) Der Vormarsch der ...

Essen, 17. Januar. (WIZ.) Die Verkehrs- und Betriebslage ...

Die gestern angemeldeten Kontrollmaßnahmen der ...

Essen, 17. Januar. (WIZ.) Die deutschen Industriellen, die ...

Sowohl in Arbeitgeber- als Arbeitnehmerkreisen sieht man ...

französische General die Gewerkschaftsvertreter hat fördern wollen, ...

Ausbeutung der linksrheinischen Forsten.

Paris, 17. Januar. (WIZ.) Havas berichtet: Die ...

Essen, 17. Januar. (WIZ.) Von französischer Seite wird ...

Liebeswerben um die Arbeiterschaft.

Essen, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Besatzungsbehörde ...

Italien will vermitteln.

Paris, 17. Januar. (WIZ.) Nach einer Havas-Meldung ...

Mailand, 17. Januar. (Eig.) Der Londoner Korrespondent ...

Reparationskohle für Italien.

Italienische Zeitungen veröffentlichen eine Nachricht, wonach ...

Der Kampf um die Kohle.

von Heinrich Köppler.

Bei Abschluß des Waffenstillstandes befanden sich die ...

Frankreich beanspruchte deshalb sofort zu Beginn der ...

Table with 2 columns: Year, Tonnage. 1919/20 48 Millionen Tonnen, 1922/23 46,5 Million Tonnen

Nach § 10 der Anlage V zum Teil VIII des Versailler ...

Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages wurden ...

Im Juli 1920 fanden die Verhandlungen in Spa statt. ...

In den Spa-Vereinbarungen war bestimmt, daß die ...

Als Frankreich auf Grund des Versailler Vertrages die ...

Jedenfalls wurden, nachdem Frankreich die Verköhlung ...

regierung hat deshalb während der im Juli 1922 geführten Verhandlungen mit der Reparationskommission dringend, den Verlust in der Steinkohlenförderung bei der Festlegung eines neuen Lieferprogramms zu berücksichtigen. Sie erklärte, nicht in der Lage zu sein, über 1,340 Millionen Tonnen monatlich abgeben zu können. Ferner machte sie das Angebot, die eingetretene Rückstände in Kohstofflieferungen durch den Anlauf von englischer Kohle für Frankreich zu decken. Beide Vorschläge wurden nicht berücksichtigt. Die Reparationskommission bestimmte, ohne Rücksicht auf die Lage, daß Deutschland monatlich 1,6 Millionen Tonnen aus seiner eigenen Produktion liefern und 125 000 Tonnen in Ost-Oberschlesien für die Entente kaufen sollte. Ferner war bestimmt, daß, sobald die deutsche Steinkohlenförderung sich über 8,3 Millionen Tonnen hinaus steigert, 20 Proz. der Mehrförderung an die Entente geliefert werden sollten. Deutschland hat dieses Programm nicht anerkannt; besonders hat es sich nicht für verpflichtet gehalten, 125 000 Tonnen Kohle in Ost-Oberschlesien zu kaufen und an die Entente abzugeben. Es hat gegen dieses Anfinnen scharfe Verwahrung eingelegt. Ohne Rücksicht auf die Möglichkeit der Erfüllung wurde dieses Programm von der Reparationskommission auch für die Zeit vom 1. November 1922 ab wieder aufgestellt.

In einer Denkschrift an die Pariser Konferenz erklärt die französische Regierung, daß der böse Wille Deutschlands um so weniger bestritten werden könne, als die Mengen, die jetzt von Deutschland durch das Programm der Reparationskommission verlangt würden, geringer wären als der Export deutscher Kohle vor dem Kriege nach Frankreich. Deutschland habe nach Frankreich und Luxemburg im Jahre 1913 17,8 Millionen Tonnen Kohle exportiert, was einem Monatsquantum von 1,483 Millionen Tonnen entsprechen würde. Diese Zahlenangaben sind von der heutigen Lage Deutschlands aus gesehen objektiv unrichtig. Es sind in ihnen die Kohlenlieferungen aus dem Saargebiet und Lothringen an Frankreich und Luxemburg enthalten. Die dort gewonnene Steinkohle hat Deutschland zurzeit gar nicht zu seiner Verfügung; sie untersteht reiflos der französischen Administration. Da Frankreich im Besitz der Kohle des Saarbeckens und Lothringens ist, müssen jene Mengen, die es aus diesen Gebieten bezog, von der gegebenen Einfuhrzahl aus Deutschland in Abzug gebracht werden. Nur dann könnte die Berechnung einigermaßen Anspruch auf Objektivität machen. Dann ergibt sich aber auch, daß Deutschland trotz verkleinerter Kohlenproduktion weit über den Export von 1913 hinaus an Frankreich geliefert hat. Nach den Ziffern, die von den deutschen Unterhändlern im Einvernehmen mit den Sachverständigen der Reparationskommission ermittelt wurden, betrug der Rückstand Deutschlands, auf der Grundlage der von den Feinden versandten Mengen an die gesamten Empfangsländer der Entente, 8 Proz. und bei den Lieferungen an Frankreich und Luxemburg 9 Proz. gegenüber den Anforderungen. Hierbei ist zu beachten, daß französische Kontrollreue schon vor dem Abtransport von den Feinden große Mengen beanstandet und zurückgewiesen haben. Die Zurückweisungen beziffert sich auf ungefähr 3 Proz. Auch mit militärischer Macht wird Frankreich hier in der Lage sein, andere Kohlenquellen aus dem Ruhrrevier zu bekommen, als sie dort vorhanden sind. Der gesunde Menschenverstand verbietet zu glauben, daß Frankreich wegen der geringen Mengen in das Ruhrrevier eingerückt wäre. Im Handelsgebrauch für große internationale Kohlengeschäfte wird ein Spektrum von 10 Proz. kläglich weit als berechtigt anerkannt. Dieser ist nicht überschritten worden, darum müssen schon andere, imperialistische Gründe für den Gewaltmarsch in das Ruhrrevier bestimmend gewesen sein.

Die erste Lesung des Jugendgerichtsgesetzes wurde vom Reichstagsausschuß beendet.

Vom Michelangelo der Karikatur.

Mit dem jetzt erschienenen dritten Lithographiebande liegt das große Daumier-Weit abgeschlossen vor, das Eduard Fuchs im Verlag Albert Langen herausgibt. Der erste Band brachte die Holzschneide, die andern drei geben die Litho, und zwar nicht in weichen Reproduktionen, sondern als künstlerische Kopien, die den Originalen Strich für Strich auf der Steinplatte nachgezeichnet sind. Was in diesen Großformat-Bänden geboten wird, sind also Kunstblätter, die — vergleichenden Stichproben beweisen es mir — die dokumentarischen Werte des Fuchsimite mit den technischen Reizen einer Original-Lithographie vereinigen.

Als Porträtkarikaturist, als Schöpfer dämonischer Spott- und Prangermonumente hatte Honoré Daumier seine Laufbahn begonnen. Aber er gab nie das Zeugnis seiner Opfer in komischer Verzerrung, sondern aus den inneren Wesenszügen der Charaktere bildete er Körperformen, Gesten und Mienen. Seine Karikatur war ein Großteiliges der Seele. Diese Rote kam Daumiers Kunst zugute, als sie nicht mehr einzelne Persönlichkeiten, sondern Typen, Stände, Klassen, allgemein menschliche Schwächen, Kaster, Gemeinheit und Bosheit sich zur Zielscheibe nahm. Als Streiter nicht gegen Personen, sondern gegen politische und gesellschaftliche Zustände erreichte Daumier den Gipfel seiner Kunst. Das letzte Jahrzehnt des zweiten bonapartistischen Kaiserreichs ist die Blüteperiode seines Schaffens, die Epoche, in der er sich den Namen eines „Michelangelo der Karikatur“ recht eigentlich verdient hat. Die Sicherheit und hinreichende Wucht der Einseitigkeit, die lapidare Monumentalität des Konturs, die grandiose Rhythmus der Licht- und Schattenswirkung und die Weltanschauung der Bildner erreicht eine nicht mehr zu überbietende Höhe der Meisterhaftigkeit in den geschlossenen Lithos, die, auf festem Papier gedruckt, im Laufe dieser Jahre in den Pariser Bibliothekern „Le Boulevard“, „Journal Amusant“ und vor allem im „Charivari“ erschienen.

Aus dieser letzten Schöpfungsperiode (1861—1872) gibt der dritte Band des Fuchsimite Werke neben 15 Reproduktionen (nach Gemälden, Aquarellen, Kreidzeichnungen) 72 in Originalgröße nachgezeichnete Blätter. Die Auswahl ist gut getroffen. Bei der enormen Produktivität Daumiers, der in jeder Woche durchschnittlich 2—3 Zeichnungen schuf, wird man hier naturgemäß manches künstlerisch Wertvolle und höchlich Interessante vermissen, aber — was wichtiger ist — in dem Bande findet sich nicht ein Blatt, das man entbehren möchte, und das Ganze kennzeichnet nach allen Richtungen hin des Künstlers Eigenart auf der Höhe ihrer Vollendung.

Eine wichtige, verhängnisvolle und folgenschwere Epoche in der Staats- und Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts stellt in den Wältern Daumiers vor uns ob. Und der Text, den Eduard Fuchs ihnen voranschickt, gibt den äußeren Beschreibungen die geschichtswissenschaftliche Begründung und Vertiefung. In der Form knapp und geistreich, ohne Hysterie und Umschweife, zugleich belehrend und amüsiert, führt er mit klarer und strenger Konsequenz die Erscheinungen des politischen und gesellschaftlichen Lebens stets auf die letzten Grundursachen aller kulturellen Entwicklung, auf die wissenschaftlichen Beschäftigung zurück und macht durch diese praktische Anwendung der marxistischen Methode die Lektüre des Buches gerade für den sozialistischen Leser in hohem Maße anregend und fördernd. Das solide und geschmackvoll ausgestattete Werk sollte in keiner Volks- und Arbeiterbibliothek fehlen.

John Schitowski

Unfreundliches aus England.

Am Sonnabend hielt der Unterstaatssekretär des englischen Außenministeriums Ronald Mac Neil in Canterbury eine Rede, aus der einige Sätze höflicher Kritik an dem französischen Vorgehen telegraphisch nach Berlin gegeben wurden. Leider hat Mac Neil, wie sich aus den englischen Zeitungen ergibt, noch manches andere gesagt, was uns weniger angenehm klingt, u. a. auch dies:

Was die deutschen Zeitungen über die Ungerechtigkeit, Gewalttätigkeit und Brutalität des französischen Vorgehens erzählen, ist leeres Geschwätz. Die Deutschen sind das letzte Volk der Welt, das sich erlauben dürfte, von Ungerechtigkeit und Brutalität zu sprechen, nach der Art und Weise, wie sie Nordfrankreich geplündert, bestohlen und vorfälschlich verübelt haben. Sie täten auch viel besser, sich der Art zu erinnern, auf die selbst 1871 Frankreich zur Bezahlung der Kriegsentwädigung gezwungen haben.

Mac Neil scheint danach der Meinung zu sein, daß das deutsche Volk auf ewig vermaledeit sei und überhaupt das Recht verloren habe, sich über Unrecht zu beklagen. Welche Folgerungen sich für Deutschland ergeben, wenn die englische Außenpolitik von einer solchen Auffassung beherrscht wäre, braucht kaum näher ausgeführt zu werden. Dem sei wie immer — jedenfalls haben wir ein Recht, zu wissen, woran wir sind. Wenn B.T.B., die Hauptquelle für Auslandsnachrichten, auf die die deutsche Presse jetzt angewiesen ist, es nicht übers Herz bringt, uns auch unangenehmes mitzuteilen, erhalten wir ein falsches Bild der Auslandstimmung, das zu falschen Maßnahmen führen kann. Einseitige, tendenziös gefärbte Berichte sind eine nationale Gefahr.

Verkleinerte Requisitionen?

Die Abgeordneten Südken und Erling haben erst kürzlich gelegentlich der Beratung des 7. Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1922 von der Tribüne des Reichstags die gewaltigen Aufwendungen für die Ausstattung der Ententetruppen mit Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen scharf gegeißelt, denen sich das Reich unterziehen muß. Zu den bereits erfolgten Leistungen treten nunmehr neue hinzu. Zur Versorgung der belgischen Besatzung mit Bettzeug wird bis zum 1. Mai 1923, wie wir erfahren, die Beschaffung großer Mengen Matratzen, Bettlaken und Wolldecken im Gesamtbetrag von 2 1/2 Milliarden Mark gefordert. Es werden fast 40 000 Matratzen, für die Unteroffiziere besonders feine mit Wollfüllung versehen, 100 000 Bettlaken, über 60 000 Decken und sonstiges Zubehör verlangt. Die angeforderte Stückzahl der einzelnen Gegenstände ist so groß, daß auf jeden Kopf der belgischen Besatzung im Rheinland mehr als 2 Matratzen, 4 Bettlaken und 3 wollene Decken entfallen würden. Man kann freilich auch annehmen, daß es sich um eine verkleinerte Requisition für die im widerrechtlich besetzten Ruhrgebiet verwendeten Truppen handelt. Auch diese Forderungen zeigen den Befehlswahnsinn in seinem vollen Ausmaß. Die Leistungen, die von Deutschland gefordert werden, sind gänzlich unproduktiver Natur. Sie entziehen dem deutschen Volk Gegenstände des täglichen Bedarfs, an denen es den furchtbarsten Mangel leidet, ohne der belgischen Regierung oder dem belgischen Volke zu nützen.

Verbraucherorganisationen und Teuerung.

Die infolge der Ruhrbesetzung zu erwartende neue Teuerung hat den Präsidenten des Landespolizeiamts beim Ministerium des Innern, Genossen Orzeszinski, veranlaßt, erneut mit den Spitzenverbänden der Arbeiter und Angestellten zu beraten. Der gewerkschaftlichen Organisationen haben sich durch Ortskomitee verpflichtet, ausfindig über die Ursachen der Teuerung zu wirken und ihre Mitglieder zur Beachtung der zum Schutze gegen Wucher erlassenen Vorschriften anzuhalten. Das Landes-

polizeiamt will zu diesem Zwecke den Gewerkschaften ein Merkblatt zur Verfügung stellen, das eine Zusammenstellung aller jener Vorschriften enthält und daneben Fingerzeige für ihre praktische Handhabung gibt. Ferner wird die Bildung örtlicher Vertrauenskommissionen der Gewerkschaften angeregt, in denen auch andere nichtpolitische Organisationen vertreten sein sollen, sofern sie als Verbraucherorganisationen wirklich eine erhebliche Bedeutung haben. Ferner ist an einen aus Verbraucherkreisen zusammengesetzten Beirat für die Preisprüfungsstelle gedacht worden. Er soll an den Sitzungen der Polizeiverwaltung mit der Vertrauenskommission teilnehmen und geeignete Persönlichkeiten in die Preisprüfungsstellen entsenden.

Der Reichsernährungsminister empfing am Mittwoch die Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen, um ihnen Aufschluß zu geben über die Ernährungslage. Ueber die bevorstehenden Maßnahmen teilte der Minister mit, daß die Regierung entschlossen sei, für Kartoffeln und andere wichtige Lebensmittel die Kosten des Eisenbahntransports auf die Hälfte des jeweiligen Tarifes zu reduzieren. Dem Wohlleben, das in gewissen Kreisen herrsche, müsse energisch entgegengetreten werden. Auch der Verbrauch in den Gastwirtschaften sei zu groß, und er ermäge deshalb, gewisse Einschränkungen vorzunehmen. So sei daran gedacht, die Zahl der Fleischgerichte in den Restaurants einzuschränken, Eier nur zu den Mittagszeiten zu reichen und den Verbrauch von Milch in Cafés und Restaurants zu unterlagen, um besonders die Milch der wertvollsten Bevölkerung reiflos zur Verfügung zu stellen. Auch der Verbrauch von Butter zur Zubereitung von Speisen in Restaurants sei heute nicht mehr zu billigen. Weiter erscheine es notwendig, Maßnahmen gegen eine übergroße Verwendung von Wehl zum Kuchenbacken zu treffen. Schließlich soll auch gegen die Schlemmeriale und Luxusdielen in kürzester Zeit mit aller Schärfe vorgegangen werden. Die Gewerkschaften unterbreiteten dem Minister Forderungen, die sich auf die Sicherstellung der Brotversorgung und die Einschränkung der Luxuszufuhr beziehen.

Kleinarbeit im Staatsrat.

Der Staatsrat erteilte seine Zustimmung zu einer Reihe von Gesetzentwürfen. Sie betreffen die Gerichtsgemeinschaft zwischen Preußen und Württemberg, den ersten Nachtragskredit für die Versorgung des Gebietes an der mittleren und unteren Weser mit elektrischem Strom, die vorzeitige Inkraftsetzung des Schöpfungsgesetzes für den Stadtkreis Köln sowie eine Ausführungsanweisung zum Schöpfungsgesetz, die Einführung einer Altersgrenze in der Provinz Oberschlesien, Ausführungsbestimmungen zu einzelnen Paragraphen des Hebammeengesetzes, Novellen zur Beamtenbeförderung, Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedlungen, Abänderung des Stempelsteuergesetzes und kleinere Gegenstände. — Am Donnerstag wird sich der Staatsrat mit dem Haushalt beschäftigen. Für Freitag stehen noch eine Reihe weiterer Vorlagen an. Dann wird der Staatsrat seine Volltungen bis zum 20. Februar vertagen.

Memel.

Paris, 17. Januar. (Havas.) Die Völkervereinigung hat die unverzügliche Entsendung einer außerordentlichen Kommission nach Memel beschlossen, die beauftragt ist, eine vorläufige Regierung unter der Autorität der Alliierten zu bilden. Es werden in Romo Schritte unternommen werden, in denen die litauische Regierung auf die schwere Verantwortung aufmerksam gemacht wird, die sie auf sich geladen hat. Die litauische Regierung wird aufgefordert, dahin zu wirken, daß die Litauer die Autorität der Kommission anerkennen.

Memel, 17. Januar. (B.T.B.) Ein englischer großer Torpedobootzerstörer ist heute vormittag hier eingetroffen. Französische Kriegsschiffe sind noch nicht angekommen. Das polnische Kanonenboot hat den Winterhafen wieder verlassen. Wie verlautet, ist der auf ihm befindliche französische Oberst Trousson mit ihm wieder zurückgefahren.

Bildhauer und Luxussteuer. Der Künstlerverband deutscher Bildhauer ist an den Reichstag mit einer Eingabe herantreten, um eine Abänderung der Bestimmungen über die erhöhte Umsatzsteuer, die sogenannte Luxussteuer zu erwirken. Die seit dem 1. Oktober in Kraft befindlichen Ausführungsbestimmungen zum Luxussteuergesetz haben den künstlerisch und kunstgewerblich tätigen Bildhauern eine Anzahl schwerer Schädigungen gebracht. Anstatt den Bildhauern, die unter der Materialnot empfindlich genug seien, steuerlich die Last etwas zu erleichtern, wird gerade ihnen bei Kleinplastiken usw. durch willkürliche Begrenzung der Stückzahl desselben Wertes eine angebliche Luxussteuer auferlegt, die sie gar nicht zu tragen haben und gar nicht tragen können. Der Begriff des „Herstellers“ wird in sinnwidriger und kunstfeindlicher Weise im Gegensatz zum Warenverkäufer des § 13 des Umsatzsteuergesetzes verändert, und zwar in so unklarer Fassung, daß dauernd Streitigkeiten die Folge sind. Es ist völlig unmöglich, daß ein individueller Kunstwerk, das bis 30 Jahre nach dem Tode des Urhebers sein Eigentum bleibt, beim Schöpfer mitten in einer Etappe des Herstellungsprozesses entziffen und die bezahlte Hilfskraft als „Hersteller“ angesehen wird. Schon treten die Schwierigkeiten auf und erklären, daß sie die „Hersteller“ sind, die die Luxussteuer vom Künstler einzuziehen haben. Dazu kommt noch für den Bildhauer die Einschränkung der Werkstoffe. Indem diejenigen plastischen Kunstwerke, die auch einem hauswirtschaftlichen Gebrauch dienen können, der Besteuerung anheimfallen, werden nicht nur die Öffentlichkeit, sondern die Bildhauer überhaupt, sofern sie hochwertige Werke in echtem Material, ja sogar in Kunststein oder anderen Formstoffen anfertigen, in ihrer schöpferischen Tätigkeit lahmgelegt. Alle diese Bestenerungen sind nicht nur eine Quelle dauernder Streitigkeiten, wobei der Willkür der Finanzämter Tür und Tor geöffnet wird, sie sind in ihrem Bureaucratismus so kunstfeindlich, daß man sie schleunigst wieder abschaffen sollte.

Das Memelgebiet als deutsches Kulturland. Der Versuch der Litauer, sich des Memelgebietes mit Gewalt zu bemächtigen, bedeutet eine neue Etappe in dem jähren Ringen um dieses Land, das sich selbst für einen Freistaat erklärt hat. Die Ansprüche der Litauer, in denen sie durch die verhängnisvollen Strömungen der Verfallenen „Völkerbegleiter“ unterfützt wurden, werden von der Geschichte schlagend widerlegt. Das geht aus einem Aufsatze hervor, den der Memeler Stadtbibliothekar Dr. Kemp in der „Bergblat“ veröffentlicht. Stadt und Land Memel sind niemals ein Bestandteil des litauischen Staates gewesen, vielmehr war das Gebiet nördlich der Memel früher in seiner staatlichen Zugehörigkeit geteilt; der Landstrich auf dem rechten Memelufer bildete von altersher einen Teil des altpreußischen Gaus Schaulauen, während weiter nördlich das Gebiet des Bistums Kurland lag. Die Bewohner der Landschaft Schaulauen nahmen eine Zwischenstellung zwischen Litauern und Preußen ein; sie gehörten zu den in einzelne Stämme zerfallenen hamaitischen Litauern, die polnisch nicht zu dem Großfürstentum Litauen gerechnet wurden. Die Stadt Memel selbst ist eine urdeutsche Gründung, die die älteste deutsche Städtegründung D. Preußens. 1252 errichtete der Schwertritterorden von Woland an der Stelle, wo der kleine, aber schiffbare Dongeluf in das Kurische Meer mündet, eine feste Burg, die nach dem Haß den Namen „Rämmelburg“ erhielt. Neben der Burg entstand dann bald eine Stadt, die nach dem ersten hier angesiedelten deutschen Kolonisten ursprünglich den Namen „Neu-Dortmund“ trug. Seit 1258 aber

erscheint der Ort als „Rimelensborg“, das heutige „Memel“. Der Platz der Stadt war außerordentlich günstig gewählt, weil von hier aus das ganze Wäldungsgebiet des Memelstromes beherrscht wurde und man auf dem Wasserweg in das Innere des Landes eindringen konnte.

Es entspannen sich nun jahrhundertlange Kämpfe mit den Szamaiten, bei denen die Stadt wiederholt zerstört und verübelt wurde. Um das verödete Land von neuem zu befehlen, wurde auch litauische Einwanderung gebildet. Die Stadt Memel aber blieb ein rein deutscher Platz und bildet noch heute mit ihren rund 35 000 Einwohnern eine geschlossene deutsche Volksmasse. Von Friedrich Wilhelm I. wurde dann die deutsche Einwanderung wieder kräftig gefördert, und zwar waren es hauptsächlich Ostpreußen und Salzburger, die das Memelland neu kolonisierten. Es kam also von einer einheitlichen Bevölkerung des Memelgebietes nicht gesprochen werden, und die Litauer haben ein zahlenmäßiges Übergewicht niemals erreicht. Bei der letzten Volkszählung ergab sich, daß bei einer Gesamtzahl von rund 150 000 Einwohnern 49,3 Proz. deutscher, 49,7 Proz. litauischer Nationalität waren. Daß alle Bewohner des Memellandes deutsche Kultur und Sprache hochhalten, ergab die Elternbefragung, die im Frühjahr 1921 auf Anordnung der Besatzungsbehörde erfolgte. Von rund 17 000 Kindern der ländlichen, besonders stark mit litauischen Elementen durchsetzten Kreise wurde nur für 39,6 Proz. litauisch, für 60,4 Proz. Deutsch als Familiensprache angegeben. Von 22 000 Schülern unter 14 Jahren wurde von den Eltern nur für 400, d. h. 1,8 Proz. Unterricht in litauischer Sprache gewünscht. Ist so die Sprache im wesentlichen Deutsch, so ist dies ebenfalls mit der Kultur der Fall, in der das deutsche Element entscheidend gewirkt hat. Eine „litauische Frage“ hat es Jahrhunderte hindurch nicht gegeben, weil alle Memeler in der deutschen Kultur die Einheit erblickten, in der sie sich zuammensanden.

Der Untergang der Krimer Flora. Die „Samelina“ berichten, daß weite Wäldersrecken in der Krim auf 60 bis 70 Jahre voraus geschätzt worden sind. Der größte Teil der Kieferbestände der Krimer Südküste ist im vergangenen Jahr einem Waldbrande zum Opfer gefallen. Der berühmte Wasserfall von Massandra, der die ganze Umgebung mit Wasser gespeist hat, ist bereits 1921 ausgetrocknet. Auf den ehemaligen kaiserlichen Landgütern Massandra, Arabia und Dreauda sind wertvolle Bestände an Bäumen und Sträuchern aller Art zugrunde gegangen, darunter eine Gruppe sibirischer Weidenarten, die vor 120 Jahren in der Krim akklimatisiert worden war. Auch kostbare Anpflanzungen von Palmen, Orchideen, Feigen, Zitronen und Pomeranzen sind infolge Mangels an Pflege und vandallischer Zerstörung von gänzlicher Vernichtung bedroht.

Berliner Zinsole - Oberster. Am 21. abends 8 Uhr findet im Blüchener-Saal ein Richard-Wagner-Abend unter Mitwirkung von Richard Kormede (Wotan) und Konzertmeister S. Bernfeld (Helm) statt. Dirigent Camillo Nibelbrand.

Die Flutwälder Welle in Kurland, die jetzt wieder international sein und abhänlich von 1. bis 6. Juli nach den Wäldern, hat die Welterschleifschleife Oberster für Korrespondenz und Propaganda nutzbar gemacht und einen besonderen, mit zahlreichen Statistiken usw. ausgestatteten C. Oberster - Preiszeit herausgegeben.

Die Bevölkerung Peterburgs hat sich, der letzten amtlichen Statistik zufolge, im Vergleich zum Vorjahr um 10 Proz. vermehrt. Peterburg zählt zurzeit — 880 000 Einwohner gegenüber 780 000 im Jahre 1921 (ausgeschlossen der Garnison).

Das Ermächtigungsgesetz im Reichstag.

Bei der gestrigen Sitzung des Reichstags verlas vor Eintritt in die Tagesordnung Präsident Ebbé ein Telegramm des Salzburger Landtages, der seine Trauer über die neuerliche, wider alles Recht erfolgte Vergewaltigung Deutschlands durch die unter nichtigen und heuchlerischen Vorwänden veranlaßte französische Besetzung des Ruhrgebietes zum Ausdruck bringt. Der Präsident knüpft an die Verlesung dieses Telegramms folgende Worte: Zwischen hat die militärische Unterjochung des Ruhrgebietes das erste Menschenleben gefordert und die schwere Vermundung weiterer Landsteute herbeigeführt. Das Schlingen von Liebern, die die Eroberer als gegen sich betrachtet haben, genügt den fremden Soldaten, in die Menschenmenge hineinzufahren und ihre Hände mit dem Blute des Unschuldigen zu besetzen. Das aber kommt auf das Haupt der Männer in Paris (leb. Zustimmung), die dieses militärische Unternehmen gegen ein wehrloses, unbewaffnetes Volk begonnen haben. Ich wiederhole blutenden Herzens meine Mahnung an die Landsteute im Ruhrgebiet. Wir wiederholen aber auch unsere Warnung an die Gewalttäter, die sehen müssen, daß, wenn sie hier nicht bald Halt gebieten, sie einem fürchterlichen Ende entgegenzueilen, daß die täglich erweiterte Besetzung die Reparationen nicht größer macht, aber Haß und Erbitterung ins Riesengroße steigert. (leb. Beifall.)

Auf die Tagesordnung wird noch folgender Initiativantrag betr. ein Ermächtigungsgesetz gef. § 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Abwendung der aus der wirtschaftlichen und sozialen Not für die Allgemeinheit drohenden Gefahren als notwendig erweisen. Die Bestimmungen der Reichsregierung sind dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und auf dessen Verlangen außer Kraft zu setzen. — § 2. Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

In zwei Lesungen wird der Gesetzentwurf über Festsetzung der Ortslöhne und des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes landwirtschaftlicher Arbeiter erledigt. Es folgt dann die Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der untersuchen soll, inwieweit Produzenten, Groß- und Kleinhandel die Warenpreise unbegründet erhöht haben.

Abg. Jäder (Soz.)

begünstigt den Antrag damit, daß die Produktions- und Handelskosten für deutsche Waren nicht entfernt so gestiegen sind, daß die Anpassung ihrer Preise an den Weltmarktpreis gerechtfertigt wäre. Es zeige sich bei diesen unerhörten Preissteigerungen die Gewinnsucht der Produzenten und Händler, die immer zum Schaden der Konsumenten ausschlage. Die Ruhrbesetzung steigere die Tendenz der Preissteigerung, und die Regierung habe daher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Lasten nicht wieder allein auf die Schultern des alten und neuen Proletariats gemüht werden. Nur durch eine gewisse Rationalisierung der Wirtschaft könne die Gewinnsucht der Sachwalter begrenzt werden, und die weitere Vereinfachung der Verbraucherlasten aufgehoben werden.

Abg. Korthaus (Str.) stimmt der Bildung des Untersuchungsausschusses zu.

Abg. Hammer (Dnat.) beauftragt es, daß der Antrag folgende Fassung erhalten hat: „Die Regierung wird ersucht, der unbegründeten Erhöhung der Warenpreise der Produzenten, Groß- und Kleinhandel mit allen Mitteln entgegenzuwirken.“

In dieser Fassung wird der Antrag nach kurzer Debatte, in der Abg. Benthien (D. Sp.) und Frau Dr. Beumer (Dem.) dem Antrag zustimmen, während Abg. Roenen (Komm.) und Abg. Wegmann (lib.) ablehnen, angenommen.

Es folgt dann die Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Abg. Pittman (Soz.) gibt dazu folgende Erklärung ab: Im Auftrage der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion habe ich festgestellt, daß die Unterschrift Müller-Franken und Fraktion unter den 5484 Irrtümlich durch das Bureau des Reichstages erfolgt ist. Eine Zustimmung der Sozialdemokratischen Fraktion im Vorkommensauschuss durch den Abg. Müller-Franken konnte überhaupt nicht erfolgen, weil er krankheitsbedingt nicht anwesend ist, durch mich ist die Zustimmung nicht erfolgt.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat bereits in den beiden letzten Sitzungen des Weltstimmensausschusses den Standpunkt vertreten, daß eine Verlegung des Reichstages in der letzten kritischen Situation nicht angängig ist. In dieser Stellungnahme hat wir durch das Verlangen der Reichsregierung nach einem Ermächtigungsgesetz noch verstärkt worden. Wir sind deshalb der Meinung,

daß der Reichstag zusammenbleiben soll.

um über die von der Regierung vorbereiteten Maßnahmen zur Anordnung der aus der wirtschaftlichen und sozialen Not für die Allgemeinheit drohenden Gefahren zu beschließen. Unsere Fraktion ist zur Weiterarbeit bereit und will alles tun, diese Vorlagen der Regierung mit größter Beschleunigung zur Verabschiedung zu bringen. Aus diesem Grunde sehen wir uns nicht in der Lage, dem Antrage zuzustimmen.

Abg. v. Guericke (Zir.): Da von den Sozialdemokraten Widerspruch erhoben ist, beantrage ich Überweisung an den Rechtsausschuss und Anberaumung der nächsten Sitzung des Plenums spätestens am Donnerstag nächster Woche.

Vor der Abstimmung über diesen Antrag bezweifelt Abg. Edebour die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Das Bureau stellt die Beschlußfähigkeit fest, und Vizepräsident Dr. Meier legt die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 25. Januar, nachmittags 2 Uhr, mit der Mahnung an, daß der Reichstag erforderlichenfalls auch früher einberufen werden kann. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht die erste Lesung des Reichshaushalts für 1923.

Schluß gegen 4 1/2 Uhr.

Der Landtag gegen die Raubpolitik.

Keftigkeit und Kaltblütigkeit!

Präsident Lohmann eröffnete die gestrige Sitzung des Landtags mit einer Erklärung, in der er das Bedauern des Landtags über das französische Vorgehen zum Opfer gefallene Menschenleben zum Ausdruck bringt und den Angehörigen des Ermordeten mit der Versicherung der Teilnahme die tiefste Enttäuschung des Landtages über diese rachsüchtige Tat ausdrückt. Unter Hinweis auf den Einfall der Biquet in das Remelland fordert der Präsident im Namen des Landtages vom Völkerbund die Wiederherstellung des uns garantierten und so vernichteten Selbstbestimmungsrechts. Wir erheben gegen die internationalen Verbrederspolitik vor der ganzen Welt schärfsten Protest und appellieren an das Weltgewissen, um zu verhindern, daß das deutsche Kulturvolk eine Beute rache- und habgieriger Imperialisten wird. Wir versichern alle Opfer dieser Gewalttätigkeit dauernd unserer herzlichsten Anteilnahme. (Stimm. Beifall.) Der Präsident gibt ferner den Trauer des Landtages über das Grubenunglück in Obersachsen Ausdruck und teilt mit, daß sich das Wahlprüfungsgericht konstituiert hat.

Bei der Beratung des Vorkommensauschusses der preussischen Landesparlamentarier für das Rechnungsjahr 1921 erörtert Abg. Thiele (Soz.), die Aufklärung des Syndikats im Ruhrgebiet allein bedeute nichts. Es komme vor allem auf die Arbeiter an, deren Lebenshaltung stark gekürzt und deren Forderung nach Lohn-erhöhungen wohl befristet ist.

Nach Ausführungen der Abg. Dr. Meyer (Komm.), v. Walden (Dnat.) und Pflanzel (D. Sp.) erklärte Abg. Elmberg (Soz.): Der Tag der Abrechnung mit den Katastrophenpolitikern wird kommen. Die Bergarbeiterverbände haben den Franzosen zu verstehen gegeben, daß sie den Bergleuten nichts zu sagen haben.

Internationale Kundgebungen.

Aktion der Gewerkschaftsinternationale.

Amsterdam, 17. Januar. (WZB.) Der vom Internationalen Gewerkschafts-Kongress in Rom feierlich eingesetzte Ausschuss zum Studium des Problems: Krieg und Militarismus, beriet, zum Teil auch auf Grund der vom Weltfriedens-Kongress unlängst angenommenen Resolutionen, organisatorische Maßnahmen zur tatkräftigen Bekämpfung von Militarismus und Kriegsgefahr. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund unterbreiteten Vorschläge für die Organisation einer entsprechenden Propaganda wurden angenommen und ihre Durchführung einem besonderen Komitee überwiesen.

Angesichts der Besetzung des Ruhrgebietes erklärten die Vertreter der Bergarbeiter, der Transportarbeiter und der Metallarbeiter sich bereit, eine Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes so energisch wie nur möglich zu unterstützen. Eine tatkräftige Aktion gegen die Besetzung sei allerdings teils durch die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten, teils durch die nationalistische Propaganda außerordentlich erschwert.

Protest der französischen Gewerkschaften.

Paris, 17. Januar. (WZB.) Der Allgemeine Französische Gewerkschaftsbund hat anlässlich der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen eine Protestkundgebung veröffentlicht, in der es heißt:

Regierung und Parlament unseres Landes haben sorben den Triumph des Säbels und des Haftbefehls über die Vernunft und den gesunden Menschenverstand besiegelt; sie haben nach außen hin eine Politik der Gewalt und der wahnsinnigen Abenteuer verschärfelt, während sie gleichzeitig im Inland Maßnahmen brutaler Reaktion anwenden, die bis zur Aufgabe des Erörterungsrechts und des Kontrollrechts durch die Mehrheit der Kammer des Nationalen Bloks zugunsten der Regierungsdiktatur gehen.

Der Allgemeine Französische Gewerkschaftsbund erinnert daran, daß die militärische Besetzung des Ruhrgebietes ein gefährlicher Irrtum und eine Schande ist.

Ein Irrtum, weil die Last der Reparationen durch beträchtliche militärische Kosten, durch den Unterhalt und die Verproviantierung einer stark bevölkerten Gegend erschwert werden wird, ohne daß der Nutzen gereizt werden kann, der daraus zu erziehen ist.

Ein Irrtum, weil selbst der Ministerpräsident erklärt hat, daß „England recht haben kann, wenn es sagt, daß eine Pfänderepolitik nichts produzieren wird“. Diesen Irrtum werden die französischen Arbeiter zunächst mit einer Erhöhung ihrer Steuern um 20 Proz. zu bezahlen haben.

Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes ist eine Schande, weil die Menschheit und die Völker, die nach Veröhnung und Frieden streben, diesem militärischen Abenteuer nur gesteigerten Haß und keine zu neuen Konflikten zu verdanken haben werden; eine Schande, weil ein Teil des Proletariats eines Landes mit dem Recht des Stärkeren zur Sklaverei gezwungen wird, indem das Recht des Stärkeren die Arbeit als Ware betrachtet.

Der Allgemeine Französische Gewerkschaftsbund stellt diese Politik der Gewalt nach außen und der Reaktion nach innen an den Pranger.

Er beschwört die Arbeiterklasse, diesem Doppelverbrechen keinen Vorstoß zu leisten. Er ruft den französischen Arbeitern zu:

„Schließt Euch dem Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbund an; erhebt gegen die schändlichen Fehlgänge, die man in Eurem Namen zu begehen behauptet, empört den Protest; vergeht nicht, daß

Wenn die französische Regierung eine Verständigung gewünscht hätte, dann hätte sie die Forderung der Bergarbeiter auf der Konferenz in Paris, die Reparationszahlungen genau durchzuprüfen, annehmen müssen. Wäre der Nachweis geführt worden, daß etwas nicht stimmt, dann hätten wir die Konsequenzen gezogen. So aber haben wir heute das Recht, uns gegen französische Willkür zu wenden. Die Franzosen werden auf Grund bleiben, wenn sie sich erlauben sollten, in die Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter hineinzusprechen. Wir haben unsere Meinung gegenüber den Revolutionären der Kommunisten vertreten und werden sie auch vertreten vor den Revolutionären der Franzosen. Aber wir warnen vor Katastrophepolitik. Festigkeit und Kaltblütigkeit, das ist die Forderung des Augenblicks. (Beifall bei den Soz.)

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Dr. Meyer (Komm.) und nach der Feststellung des Abg. Leibig (D. Sp.), daß gegenüber den Vorgängen im Ruhrgebiet das ganze Haus bis auf die Kommunisten einig sei, wird der Bericht der Kohlenhandelsstelle dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Nach Überweisung des Gesetzentwurfes über die Bereitstellung weiterer Staatsmittel zur Gewährung von Arbeitsgeboten an den Hauptauschuss verlegt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. Schluß: 6 1/2 Uhr.

Euno gegen Poincaré.

Wolffs Bureau meldet: Der Reichstagsler hat in seiner Rede vom 13. d. M. bereits auf die Kammerrede des französischen Ministerpräsidenten vom 11. Januar d. J. erwidert. Der nunmehr vorliegende genaue Text der Rede Poincaré gibt nach zu folgenden Bemerkungen Veranlassung:

1. Herr Poincaré behauptet, daß unsere Mindestleistung an Gold- und Sachlieferungen im Jahre 1922 ein unüberleglicher Zeuge unserer verrosteten Besinnung sei.

Darauf ist zu erwidern:

Die deutschen Reparationsleistungen im Jahre 1922 betragen	
a) an Reparationsbarzahlungen (ohne die belasteten Schatzwechsel, aber einschließlich der inneren Verpfändungen)	610,4
b) an Sachlieferungen (Kohle, Holz, Farbstoffe usw. sowie Zahlungen auf Grund des englischen Reparations-Recovery Act)	612,4
c) Zahlungen im Ausgleichsverfahren	182,9
Zusammen Millionen Goldmark 1405,9	

Außerdem hat Deutschland im Jahre 1922 in Ausführung des Versailleser Vertrages noch sehr bedeutende Aufwendungen in Papiermark gemacht, z. B. 12,9 Milliarden für abgelieferte Binnenscheine; 9,4 Milliarden für die Kosten der internationalen Kommissionen; 12,9 Milliarden für Restitutions-, Substitutions- und dergleichen; 15,1 Milliarden für andere innere Ausgaben aus Anlaß des Vertrages von Versailles (Verdrängungsschäden usw.). Demgegenüber beträgt

der Wert der Mindestleistungen an Frankreich	
bei den Goldlieferungen	2-2,5 Millionen Goldmark
Kohlenlieferungen rund	2,5
Gesamte Mindestleistung 1922 also rund 240 Millionen Goldmark	

oder höchstens 1,5 Proz. der gesamten Leistungen im Jahre 1922. Dabei ist das Defizit bei den Kohlenlieferungen zu einem beträchtlichen Teile auf höhere Gewalt und auf andere von Deutschland nicht zu vertretende Umstände zurückzuführen.

die militärische Besetzung des Ruhrgebietes lödbringende Folgen haben und uns zu neuen blutigen Konflikten führen kann.

Fordert, daß die Reparationsfrage sofort einem Schiedsgericht vorgelegt wird. Der Völkerbund muß von uns allen herbeigerufen werden, um diesen Wirtschaftswill zu schlichten, indem er von politischen Zielsetzungen, militärischen Ambitionen, finanziellen und kapitalistischen Intrigen befreit wird.“

Die Geschädigten für Verständigung.

Paris, 17. Januar. (WZB.) Das Aktionskomitee für die verwaisteten Gebiete hat gestern eine Tagesordnung angenommen, in der auf Antrag des Generalsekretärs Doucedame daran erinnert wird, daß man sich seit zwei Jahren bemüht habe, in Gemeinschaft mit deutschen Arbeitern den Wiederaufbau auch mit deutschem Material durchzuführen. Es sei zu bedauern, daß dieses Programm nicht ausgeführt worden sei. Die französische Regierung möge durch Methoden, die dem allgemeinen Interesse und dem Wunsch einer Verständigung unter den Völkern entsprechen, eine Lösung des Reparationsproblems suchen; nur dadurch könne der demokratische Geist zum Siege geführt und ein sicherer, endgültiger Friede erzielt werden.

Protest der deutsch-tschechischen Sozialdemokratie.

Prag, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vollzugsausschuss der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei der tschechoslowakischen Republik hat in seiner letzten Sitzung zu dem Anschlag der französischen und belgischen Regierung auf Deutschland, den die militärische Besetzung des Ruhrgebietes bedeutet, Stellung genommen. Die dort geführten Debatten ergaben die einhellige Auffassung, daß diese militärische Besetzung der Kohlenkammer Deutschlands eine Verletzung des Friedensvertrages in sich selbst, die einer Zerreißung gleichkomme und daß sie ebenso einen ungerechtfertigten Eingriff in die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands wie eine weitere Erschöpfung der europäischen Wirtschaft und eine unmittelbare schwerste Bedrohung des Friedens bedeute. Einhellig gab der Vollzugsausschuss dem Protest gegen diese Gewalttat Ausdruck, und sprach die Überzeugung aus, daß das verantwortungslose Vorgehen der französisch-belgischen Regierungen wie für alle Staaten, so auch für die tschechoslowakische Republik die schwerste Schädigung ihres Wirtschaftswohlfühlens, eine weitere Steigerung der Krise mit ihren fürchterlichen Folgen für die ohnehin schwer heimgegriffene Arbeiterklasse zeitigen muß.

Der Vollzugsausschuss sagte den Entschluß, der Arbeiterklasse Deutschlands, welcher durch das wahrnehmbare Vorgehen des französischen Imperialismus vermehrte Not und erneutes Leid auferlegt wird, die innigsten Sympathien auszusprechen. Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter der tschechoslowakischen Republik fühlen sich in ihrem Protest mit der sozialistischen Arbeiterklasse Englands, Frankreichs, Belgiens und anderer Staaten einig und begründen es scharf, daß das Proletariat dieser Länder den Kampf gegen den Anschlag auf den Frieden der Welt eröffnet hat.

Die Aktion zur Erhaltung des Friedens muß international organisiert werden. In dem Augenblick, da der Nationalismus und Imperialismus die Welt aufs neue in Brand zu stecken und die Arbeiterklasse Europas neuerlich das Opfer des Trägers des Kapitalismus zu werden droht, muß das internationale sozialistische Proletariat sich zu gemeinsamer Aktion zusammenschließen. Aus diesem Grunde sagte der Vollzugsausschuss der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei der tschechoslowakischen Republik den Beschluß, die sofortige Abhaltung des für den Monat Mai in Hamburg geplanten internationalen Sozialistenkongresses zu verlangen.

2. Herr Poincaré behauptet, daß Deutschland die von Frankreich geforderten Sachlieferungen — er führt besonders Holz, Kohle und Stickstoff an — nur gegen Barzahlung, nicht aber auf Reparationskonto zu leisten bereit sei.

Darauf ist unter Hinweis auf Ziffer 1 noch folgendes zu erwidern: Nicht nur die Geldzahlungen, sondern auch die Sachlieferungen haben Deutschlands Wirtschaft zerrüttet und seine Währung zerstört.

Die über die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinausgehenden Reparationszahlungen von 1,8 Millionen Tonnen monatlich machen die steigende Einfuhr englischer Kohle notwendig, deren Einkauf vor allem in den Monaten Juli bis November die deutsche Wirtschaft so katastrophal beeinflusste. Deutschland war daher im November vorigen Jahres gezwungen, um ein mehrjähriges Moratorium auch bezüglich der Sachlieferungen zu bitten, unter dem Vorbehalt der Fortführung von unentgeltlichen Leistungen für die zerstörten Gebiete, einschließlich Kohle.

Unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten der französischen Volkswirtschaft ist von deutscher Seite wiederholt zu verstehen gegeben worden, daß man bereit sei, über den obigen Vorbehalt hinaus langfristige Verträge mit Frankreich über die Lieferung der hauptsächlichsten Bedarfsstoffe, insbesondere von Kohle und Holz gegen Barzahlung abzuschließen. Diesem Zweck sollte auch die von deutscher Seite vorgeschlagene, von Herrn Poincaré aber abgelehnte Verhandlung mit deutschen Industriellen dienen. Aus Ansehen dieser Art folgert jetzt Herr Poincaré Deutschlands schändlichen Willen.

3. Die etwas unklare Bemerkung, daß wir im Vergleich zu dem früheren jährlichen Kriegsbedarf der Alliierten heute für unsere landwirtschaftlichen Bedarf achmal soviel Stickstoff — Herr Poincaré nennt ihn auffälligerweise in diesem Zusammenhang „Explosivstoff“ — herstellen, trifft nicht zu.

Zum Schluß wendet sich der Reichstagsler gegen die Behauptungen Poincarés hinsichtlich der Verschleppung des De Troqueurschen Planes über die Sachlieferungen, ferner gegen seine Anklagen wegen der Verletzung des Kohlenhandels nach Hamburg und seinen Versuch, den militärischen Charakter der Ruhrbesetzung zu verschleiern.

Die Vorfälle in Mürwik.

Der Reichsuntersuchungsausschuss für die Reichsmehr setzte am Mittwoch an Hand der inzwischen eingetroffenen Akten seine Beratungen über die Vorgänge auf der Marineschule in Mürwik fort. Der Ausschuss vertrat nach Prüfung der Berichte die Ansicht, die man gegen links belebte. Man mußte sogar den Eindruck gewinnen, daß gegen rechts mit großer Zurückhaltung und Duldung verfahren würde. Aus diesen Umständen konnte man sich auch erklären, daß die staatsfeindlichen Fleder nicht auszurufen sind. Reichswehrminister Dr. Geffler erklärte, er verfolge eine klare Linie und gebe mit gleicher Schärfe gegen rechts und links vor Staatsfeindliche Meinung, die sich in Abhängen des Boewensfeld und Ehrhardt-Bundes äußere, würde stets unachtsichtig mit Verabschiedung und Entlassung gehandelt. Die noch vorliegenden unerledigten Einzelfälle über Mürwik wurden dem Bericht-erfasser zur eingehenden Prüfung überwiesen. In der nächsten Sitzung wird darüber Bericht erstattet werden.

Kostspielige Aussaaten.

Der diesjährige Frühling im Winter.

Der Bauer mit der Quatemberregel und der Wetterprophet scheinen recht zu behalten: der Winter ist milde und wahrscheinlich nicht von langer Dauer. Am Quatember herrschte Südwind, und so wird ein Vierteljahr lang der Winter frost sich nur auf kurze Gastspiele einlassen. Dafür treibt es der Regen um so toller; die Straßen draußen sind voll Schlamm, und der Erdboden ist weich. Man kann also graben, was bekanntlich im vorigen Winter erst sehr spät — ja man kann sagen: zu spät — möglich war. Denn im Frühling drängt sich die Arbeit des Landmannes sowieso, und die Sorgfalt der Bodenbearbeitung leidet unter dem Ansturm der notwendig werden den Aussaaten und Pflanzungen. Man merkt es jetzt schon an dem wieder neu emporstreichenden Unkraut, wo der Boden besonderer Sorgfalt bedarf. Die Quack, die wilde Weide, die Brennnessel sollen reiflos ausgerottet werden. Aber die Frühlingsaatmispäre ladet noch zu anderen Betrachtungen ein und lenkt vor allem den Blick auf die nahe Zukunft und damit auf die Frage der Saatbeschaffung. Wo man einst mit wenigen Mark rechnete, da langt gerade einer der „Bamberger-Keller“-Scheine, die den seltener gewordenen „Blauen Rappen“ in so reichem Maße ersetzen. Sehen wir uns einige Preise für Samen an, so wie sie in Berliner Geschäften gefordert werden. Also: Bohnen 1 Kilogramm 2000 bis 3000 M., Erbsen 2000 M., Gurken fürs freie Land die Portion (kleinste Menge) 80 bis 100 M., Treibgurken 10 Gramm 2000 bis 3000 M. Der Preis der Portion geht auch bei den verschiedenen Kohlsorten nur wenig unter 100 M. herunter, im einzelnen kosten 10 Gramm Blumentohl 1000 bis 3000 M., Weiß- und Rotkohl bis 300 M., Wirsing bis 220 M., Kohlrabi notiert 300 bis 400, Salat, Porree, Sellerie dito; Spinat hält mit 1500 M. für 1 Kilogramm einen anständigen Notend, wird aber noch von Kuntelrüben übertroffen, die etwa 2700 M. pro Kilogramm kosten. Nun aber die Mohrrüben: da lautet der Kilopreis auf 12 000 bis 15 000 M., der 10-Gramm-Preis auf 200 bis 300 M. Nun wird ja der Kleinagrariar, wie ihn der Laubentoniist darstellt, nur selten 10 oder 5 Gramm von den verschiedenen Gemüsesamen gebrauchen — aber nur die Portionspreise für die üblichen Anbaumenge zusammen gerechnet, ergibt schon eine vierstellige Zahl. Für den, der Gemüsesamen im großen treibt, stellt sich die Ausgabe natürlich entsprechend hoch, wengleich ihm der Vorteil des direkten Bezuges bei den Samenzüchtern und Großhandlungen immerhin einen sehr annehmbaren Rabattfuß zuweist. Diesen Vorteil, der oft eine Senkung bis zum halben Preis gestattet, den Kleinagrariar zugute kommen zu lassen, sollte Aufgabe der Gemeinschaften sein, die die Förderung des so wichtigen Kolonienstums bezwecken. Der Gründe, daß die Samen so teuer sind, gibt es natürlich viele (außer der allgemeinen Teuerung); vor allem wird auf den schlechten Sommer 1922 hingewiesen, der für manche Kulturen geradezu katastrophal gewesen ist.

Hoffen wir also vom kommenden Sommer das Beste. Manch einer riskiert angesichts des „Frühlings im Winter“ schon die ersten Aussaaten, was bei Mohrrüben und Erbsen jedenfalls riskolos ist. Rührt es nichts, so schadet es nichts. Anders ist es mit dem Auspflanzen der im Kasten pikierten oder in Töpfen herangezogenen und unter Glas gehaltenen Herbstsaaten von Weiß-, Wirsing- usw. Kohl. Wer diese durch steifigsten Läften „abgehärteten“ Pflänzchen jetzt der Erde anvertrauen will, muß über gute Schutzmittel (Strohbeden usw.) verfügen, damit er sie in Frostnächten schützen kann. Und wenn der Frost auch am Tage sich einstellt und wochenlang anhält? Ja, das ist eben das Risiko, das derjenige läuft, der „zuerst am Ziele“ sein will. Manchmal glückt's, aber noch öfter kommt es anders, als man denkt. Jedenfalls ein „Gut Sonnenschein!“ dem Bogemütligen, der im Mai schon seinen ersten Kohl essen will.

Deutschnationaler Rückzug.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat sich nach einer „Lebhaften“ Aussprache bei den Demokraten schriftlich entschuldigt wegen des von uns gemeldeten Zwischenfalls bei der Wahl Dr. Meyers zum Stellvertreter des Vorsitzenden. Sie bitten die Demokraten, Dr. Meyer wieder aufzulassen. Die Demokraten wollen zu dem Anerkennen erst noch Stellung nehmen.

(Nachdruck verboten. Der Wall-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Gumpert.

„Ich darf keine Dummheiten machen, ich darf keine Dummheiten machen,“ sagte er zu sich selbst, als er die Leiter hinunterstieg. Und er vergaß wieder alles über der Seefrankheit, die in ihm aufstach, als er die fette Luft wieder atmete.

Das Deck glitt jetzt plötzlich vor ihm ab, dann stieg es wieder auf, als ob er einen Berg hinaufstiege. Schmutziges Wasser schlammte von der einen Seite zur anderen bei jeder Bewegung des Schiffes. Als er die Tür erreichte, ließ das pfeifende Geheul des Windes durch die Masten Fuselli einen Augenblick mit der Hand am Türgriff zögern. Als er den Griff hinunterdrückte, flog die Tür auf, und er stand in der vollen Wucht des Windes. Das Deck war leer. Die nassen Tauen zitterten unwillig im Winde.

Jeden Augenblick spritzte der Schaum, der in weißen fronsigen Säulen mit dem Winde aufstieg, ihm wie Hagel ins Gesicht. Ohne die Tür zu schließen, kroch er auf dem Deck vorwärts und klammerte sich so fest er konnte an dem eisigen Tau fest. Durch den Schaum hindurch konnte er ungeheure marmorgrüne Wellen sehen, die in unaufhörlicher Folge im Nebel anschwollen. Das Brüllen des Windes in seinen Ohren verwirrte und erschreckte ihn. Es kam ihm vor, als vergingen Jahre, bevor er die Kabine erreichte, die auf einen Durchgang führte, der nach Medizin roch und wo Männer, die von den Schwingungen des Schiffes gegeneinander geschleudert wurden, warteten, um in eine Apotheke zu kommen. Das Heulen des Windes kam hier nur schwach herein, und nur dann und wann der dumpfe Schlag einer Welle gegen das Schiff.

„Bist du krank?“ fragte ein Mann Fuselli. „Nein, ich bin nicht krank. Der Sergeant hat mich geschickt, um was Feugs für ein paar Leute zu holen, die zu krank sind, um sich zu bewegen.“ „Fürchtbar viel Krankheit auf dem Schiff. Zwei sind heute Morgen gestorben, da drüben in dem Zimmer,“ sagte ein anderer feierlich und zeigte mit dem Daumen über die Schulter.

11 Uhr Polizeistunde von heute ab. Verbot aller Tanzlustbarkeiten.

Der Berliner Polizeipräsident hat im Hinblick auf die drohende Kohlenlage für den Landesbezirk Berlin mit Wirkung vom 18. Januar ab die Polizeistunde um zwei Stunden verlängert und auf 11 Uhr abends festgesetzt. Ausnahmen von dieser Polizeistunde sollen in keinem Falle gewährt werden. Außerdem wurde das Verbot der 5-Uhr-Zee-Tänze auf alle Tanzlustbarkeiten ausgedehnt.

Ein neues Straßenbahnliniensystem.

Anschlüsse durch Pendelverkehr. — Kein Gruppenfahren.

Die Beratungen in der Direktion der Berliner Straßenbahn über eine Rentabilitätsprüfung des Straßenbahnverkehrs sind in diesen Tagen abgeschlossen worden. Es soll nun durch Vereinfachung des Reges der Verkehrswert der einzelnen Linien und damit die Rentabilität des Gesamtbetriebes gehoben werden.

Zunächst ist erzwungen worden, das gesamte Groß-Berliner Straßennetz von Grund neu aufzubauen und ein ganz neues System der Linienführung zu schaffen. Zu einer derartigen Umgestaltung wären jedoch kostspielige Anlagen im Innern Berlins — Wechselschleifen, Ausweichgleise und dergl. — notwendig gewesen, deren Kosten die angeführte Rentabilität von neuem in Frage gestellt hätten. So ist ein Kompromiß entstanden, das auf Grund des vorhandenen Reges und der bestehenden Gleisanlagen die Linienführung zu vereinfachen sucht; so soll z. B. der überlastete Verkehr in der Leipziger Straße dadurch gemindert werden, daß man einzelne Querlinien nicht durch die ganze Stadt führt, sondern etwa vom Lützowplatz bzw. Spittmarkt Anschlüsse durch einen Pendelverkehr schafft; weiter sollen verkehrsarme Straßen, die durch stillere Straßen führen, mehr in die Hauptverkehrsader verlegt und dadurch in ihrem Verkehrswert gesteigert werden. Man geht sogar mit dem Gedanken um, derartige „tote“ Straßen ganz stillzulegen und das heute überaus kostbare Gleis- und Oberleitungsmaterial auszubauen und anderweitig zu verwenden. Die Wagenfolge soll außerdem durch ein neues Fahrplankonzept in den Hauptstraßen verdichtet und so reguliert werden, daß das „Gruppenfahren“ in Zukunft ganz vermieden wird. Für die Vorortstraßen soll noch stärker als bisher der „Ein-Mann-Wagen“ eingeführt werden. Die Vereinfachungspläne, die in diesen Tagen den Bezirksämtern zur Kenntnisnahme zugehen, sehen auch einige neue Verbindungen vor, die besonders dringend scheinende Verkehrsbedürfnisse erfüllen sollen. Im ganzen ist darauf Bedacht genommen worden, die Fehler der Linienführung, die der Wettbewerb unter den früheren selbständigen Straßenbahngesellschaften und die planlose Bau- und Verkehrsplanung Berlins wachsam ließ, vorsichtig auszumerzen und den Gedanken der Einheitsgemeinde nun auch in der Linienführung folgerichtig durchzuführen.

Mordprozeß Reifer.

Der Kampf der Verteidigung.

Die Verhandlung gegen die des Mordes angeklagte Frau Spanier dreht sich immer wieder um das Ermittlungsverfahren, das Kriminalkommissar Trettin geleitet hat.

Der Zeuge Blüchahn hat am Nordabend von der gegenüberliegenden Hausseite aus in die Reifersche Wohnung hineinschauen können und den alten Reifer mit einer Dame und einem Herrn gesehen, denen er Teppiche vorgelegt hat. Der Zeuge bezeichnet es als möglich, daß Frau Spanier die Täterin sei. Die Mutter der Zeugin Hildebrandt hat am Nordabend, als sie mit ihrer Tochter kurz nach 8 Uhr nach Hause kam, 2 Männern, die aus dem Hofgebäude kamen, in dem Reifer wohnte, und unmittelbar darauf noch einmal einer Dame die Haustür geöffnet. Die Zeugin Hildebrandt hat eine Dame gesehen und gab an, es sei ganz unmöglich, daß es Frau Spanier gewesen sein könne. Ihrer Erinnerung nach lämen auch Passarge und Selzer nicht in Betracht. Als ihr ein Bild des flüchtigen Böwig gezeigt wurde, erklärte sie auch seine Täterrolle als unwahrscheinlich. Auf Veranlassung des Vorsitzenden wurden den Angeklagten Passarge und Selzer hätte aufgeführt, um dem am vormittag vernommenen Zeugen B. o. s. das Wiedererkennen zu erleichtern. Böwig wurde aber in seinen Aussagen wankend. — Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Zeuge Springer gab an, daß er seinerzeit vor Kriminalkommissar Trettin ein Geständnis abgelegt habe, weil ihn Trettin mit Fäusten gestochen habe. Er habe dieses Geständnis späterhin widerrufen und sei jetzt in Haft, weil er unter dem Verdacht

stehe, seine Braut erschossen zu haben. Als der Zeuge Springer den Kriminalkommissar Trettin im Verhandlungsaal sitzen sah, wich er in heftiger Bestürzung bis an die Verteidigerbank zurück. Der schon in der vorhergegangenen Verhandlung aufgetretene „Ueberraschungszeuge“ Marg war eine Ueberraschung. Seine bisher recht bestimmte lautende Aussage, daß ihm Passarge in der Nordstadt um 12 Uhr unterm Bülowbogen erzählt habe, daß in der Steglitzer Straße mit Reifer „ein Ding passiert“ sei, wurde durch Aussagen der Verteidiger erheblich erschüttert. Passarge blieb dabei, daß er zu Marg zwar von dem Tod Reifers gesprochen habe, aber erst in der Nacht nach der Auffindung der Leiche. — Die Aussage der Zeugin Hildebrandt wurde durch die Befundungen ihrer Mutter, die darn vernommen wurde, erhärtet. Die Mutter bestritt die Dame, der sie die Tür geöffnet hat, als junges Mädchen von 20, höchstens 25 Jahren. Die beiden Männer, die jeder ein flüchtig gemerktes Paket unter dem Arm trugen, hätten ein ausgesprochen südliches Aussehen, der eine habe sogar schöne Gesichtszüge gehabt, was weder auf Passarge noch auf Selzer zutraf. Die Zeugin habe diesen Mann so deutlich gesehen, daß sie ihn noch heute nach zwei Jahren wiedererkennen würde.

Es entspann sich dann ein Kampf zwischen der Verteidigung und dem Staatsanwalt darüber, ob nicht die drei Personen aus einer anderen Wohnung gekommen sein könnten, in der sie sich kurze Zeit aufgehalten hätten. Rechtsanwalt Frey benannte sämtliche Bewohner des Hauses Steglitzer Straße 23 als Zeugen dafür, daß an dem Nordabend bei keinem von ihnen zwei Herren und eine Dame zu Besuch waren. Bevor das Gericht zu diesem Beweisanspruch Stellung nimmt, soll festgestellt werden, ob eine derartige Erkundigung von Seiten der Polizei bereits im Ermittlungsverfahren reiflos durchgeführt worden ist. Die Verhandlung wurde sodann auf heute, 9 1/2 Uhr, vertagt.

Der fürsorgliche Holzhändler.

Er verkaufte nicht, weil das Holz „zu naß“ war.

Eine in der gegenwärtigen Zeit der ins Phantastische gehenden Steigerung der Brennmaterialpreise besonders aktuelle Verhandlung beschäftigte das Wuchergericht des Landgerichts III. Angeklagt war der Kohlenhändler Hermann Ekan aus der Wilhelmstraße zu Berlin-Wilmersdorf. Er wurde beschuldigt, die Abgabe von Brennholz im Kleinverkauf verweigert zu haben, in der Absicht, durch diese Zurückhaltung und späteren Verkauf einen übermäßigen Gewinn zu erzielen. Die Anwaltschaft hatte wegen dieses Vergehens einen Strafbefehl über 10 000 Mark gegen Ekan erlassen. Hiergegen erhob er Widerspruch, so daß sich nunmehr das ordnungsmäßige Wuchergericht mit dieser Sache zu befassen hatte. Die Verhandlung ergab, daß der Angeklagte einer Frau den Verkauf von geschnittenem Brennholz verweigert hatte. Er behauptete vor Gericht, daß er dies nur getan habe, weil es sich um frisches und nasses Holz gehandelt habe, das schlecht gebrannt hätte. Staatsanwalt Dr. Rothmann betonte, daß man in der heutigen Zeit des Wuchers mit Brennmaterialien die von dem Angeklagten behauptete menschenfreundliche Absicht, einer Hausfrau den Kerger mit nassem Holz zu ersparen, wirklich nicht glauben könne. Es liege hier offenbar einer der typischen Fälle der Zurückhaltung von Brennmaterialien vor, wie er in der augenblicklichen Zeit der erneuten Kohlenpreissteigerung fast täglich bei den Wuchergerichten zur Anzeige gelange. Mit Rücksicht auf die Verwerflichkeit eines derartigen Tuns beantragte er eine Geldstrafe von 5000 Mark, auf die das Gericht auch erkannte.

Die Steuern der Hausangestellten.

Ueber die den Arbeitgebern obliegende Verpflichtung zur Vornahme des Steuerabzuges bei den Hausangestellten herrscht besonders bei den Hausfrauen noch vielfach Unklarheit. Aber auch für die Hausangestellten ist es wichtig zu wissen, welche Summen von ihrem Einkommen rechtmäßig als Steuern einzubehalten und im Steuerbuch durch Marken zu quittieren sind.

Der Steuerabzug beträgt 10 Proz. des Barlohns und des Werts der Sachbezüge (freie Kost, Wohnung, Licht, Heizung usw.). Der Wert der Sachbezüge ist für männliche und weibliche Hausangestellte (mit Ausnahme solcher höherer Art, wie Erziehinnen und Ähnliche) für die Zeit vom 1. Oktober bis Ende Dezember 1922 auf monatlich 1500 M. festgesetzt. Die Berechnung des Steuerabzuges hat also beispielsweise für eine ledige Hausangestellte mit einem Barlohn von monatlich 800 M. für die vorgenannte Zeit am Ende jeden Monats in folgender Weise zu geschehen: Arbeitseinkommen, bar 800 M., Wert der Sachbezüge 1500 M., zusammen 2300 M., hiervon 10 Proz. Steuer = 230 M. Davon gehen ab: Ermäßigung für die Person des Steuerpflichtigen

„Sind noch nicht begraben. Das Wetter ist zu rau.“
„Woran starben sie?“ fragte Fuselli eifrig.
„Jergendwas am Rückenmark.“
„Genickstarre,“ fiel ein Mann am anderen Ende der Reihe ein.
„Wo fängt es an?“ fragte Fuselli.
„Der Nacken wird dick, dann wird man ganz steif,“ kam die Stimme des Mannes vom anderen Ende der Reihe.
Es trat Schweigen ein.
Aus der Richtung der Krankenstube kam ein Mann mit einem Paket Medikamenten in der Hand und schob sich zur Tür durch.
„Sind viele da drinnen?“ fragte Fuselli leise, als der Mann sich an ihm vorbei drängte.
Die Worte des Mannes verdrängte der schrille Stoß des Windes, als er die Tür öffnete.
Als die Tür wieder geschlossen war, brach es aus dem Mann neben Fuselli, dem Großen, Breitschulterigen mit den schweren schwarzen Augenbrauen, als ob er irgend etwas sagte, was er lange zurückgehalten hatte:
„Diese Krankheit darf mich nicht pokten. Sie darf nicht... Ich habe ein Mädchen, das auf mich zu Hause wartet. Zwei Jahre habe ich ihretwegen keine Frau angerührt. Unnatürlich, so lange...“
„Warum hast du sie denn nicht vorher geheiratet?“ fragte der Bormann höhnend.
„Sie sagte, sie will keine Kriegerbraut sein, weil sie so besser auf mich warten könne.“
Einige lachten.
„Ich darf nicht krank werden und sterben. So lange habe ich mich wegen diesem Mädchen sauber gehalten. Ich darf nicht,“ sagte der Mann zu Fuselli.
Fuselli sah sich schon im Bett mit geschwollenem Nacken liegen, während Arme und Beine steif wurden, immer steifer. Ein rotgesichtiger Mann im Gänge begann zu sprechen:
„Wenn ich davon denke wie die Leute zu Hause mich brauchen, spüre ich keine Angst. Weiß nicht, warum.“ Er lachte jovial.
Keiner stimmte in das Lachen ein.
„Ist es sehr ansteckend?“ fragte Fuselli den Mann neben ihm.
„Sehr ansteckend,“ antwortete der feierlich.
„Das Fürchtlichste daran ist,“ sagte ein anderer mit

schriller, hysterischer Stimme, „den Haien hinunter zum Fraß vorgeworfen zu werden. Sie haben kein Recht, somas zu tun, auch in Kriegszeiten nicht. Sie dürfen einen Christenmenschen nicht wie einen toten Hund behandeln.“
„Sie können alles tun, was ihnen beliebt, mein Lieber. Wer soll sie wohl daran hindern,“ schrie der Rotgesichtige.
„Wenn's ein Offizier wäre, würden sie ihn nicht so hinüberschmeißen,“ kam die schrille, hysterische Stimme wieder.
„Halt die Schnauze!“ jagte jemand. „Mach' keine Dummheiten!“
„Sag mal, ist das nicht gefährlich, hier oben so lange zu warten, wo die Kerls krank liegen,“ flüsterte Fuselli zu dem Mann neben ihm.
„Glaub' schon, mein Junge,“ kam die Stimme des anderen.
Fuselli schob sich türwärts durch. „Lohnt mich raus, Kerls, ich muß kochen,“ sagte er. „Ich werde ihnen sagen, dachte er, daß es hier verschlossen war. Die werden nie herkommen, um zu kontrollieren.“
Wie er die Tür öffnete, dachte er: ich werde jetzt zurück zu meinem Bettkasten kriechen. Er fühlte seinen Nacken schon anschwellen und seine Hände vor Fieber brennen, Arme und Beine steif werden, bis alles ausgeblüht sein würde im Schwarz des Todes.
Doch das Schreien des Windes und der sprühende Schaum auf dem Deck ertränkten jeden anderen Gedanken.
Fuselli und ein anderer Mann trugen den Abfalleimer die Treppe hinauf. Er roch nach ranzigem Fett und Kaffeesoh und unreinen Säuren, die ihnen über die Finger liefen, wie sie sich hinaufkämpften. Endlich wurden sie auf Deck hinaufgeschleudert, wo ein freier Wind aus schwarzer Nacht blies. Sie schwankten an die Reling und leerten den Eimer in die Dunkelheit. Das Geräusch des fallenden Inhalts verlor sich im Knallen der Wellen und im Rauschen des Wassers, das an den Seiten des Schiffes entlang floß. Fuselli lehnte sich hinüber und sah in die schwache Phosphoreszenz hinein, die das einzige Licht in dem ganzen schwarzen Gölz war. Nie noch hatte er eine solche Dunkelheit gesehen. Er klammerte sich mit beiden Händen an die Reling an, fühlte sich ganz verloren und erschreckt in der Dunkelheit, in dem Heulen des Windes in seinen Ohren und dem Geräusch des Wassers, das am Schiff entlang schäumte (Fortsetzung folgt.)

